

Energiearmut in Europa

Es bleibe Licht!

Von Michael Kopatz

Ein weit verbreitetes, aber falsches Vorurteil behauptet, dass arme Menschen verschwenderisch mit Energie umgehen. Wahr hingegen ist, dass sie vorwiegend in schlecht isolierten Gebäuden leben, sich effizientere Elektrogeräte kaum leisten können und plötzlich Beistand von Kohle- und Atomkraftfreunden bekommen.

— Wer seine Wohnung nicht angemessen heizen kann oder einen überhöhten Anteil seines Einkommens für Energie verwenden muss, gilt als „energiearm“. Anders gesagt: Von dem Problem ist betroffen, wer Schwierigkeiten hat, die Energierechnungen neben den notwendigen Ausgaben etwa für Lebensmittel, Kleidung und Miete zu bezahlen. Großbritannien verwendet eine scheinbar einfache Definition für Energiearmut: Dort gilt ein Haushalt als energiearm, wenn seine Mitglieder zusammen mehr als zehn Prozent ihres Nettoeinkommens aufwenden müssten, um die Wohnung angemessen zu heizen. Entscheidend sind nach der britischen Definition nicht die tatsächlichen Ausgaben für Energie. Zugrunde gelegt werden die Kosten, die anfallen würden, um die Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation zu erfüllen. Diese empfiehlt eine Temperatur von 21 Grad Celsius in Wohnräumen und 18 Grad in den anderen Räumen.

Insgesamt ist die Messung von Energiearmut in Großbritannien aber ein sehr aufwendiges und komplexes Verfahren, weshalb seine Einführung in Deutschland, eventuell sogar in ganz Europa kaum realistisch scheint. Aussichtsreicher wäre ein möglichst einfaches Messverfahren. Nur geringen Aufwand würde eine Erhebung auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe oder dem Sozio-oekonomischen Panel erfordern. (1)

EU-weit besteht nicht einmal Einigkeit darin, dass eine Definition von Energiearmut überhaupt nötig ist – ähnlich wie beim Begriff der „relativen Armut“ ließe sich über die richtige Definition der Energiearmut unendlich streiten. Deshalb hat man sich auf einen Kompromiss geeinigt, der es ermöglicht einzuschätzen, ob sich die Armutssituation der Bürger(innen) in Europa verbessert oder verschlimmert hat. Auch für die Bestimmung von Energiearmut ist die Einsetzung einer Kommission zu empfehlen. Sie wird mit den relevanten Akteuren besetzt und könnte innerhalb eines halben Jahres einen Vorschlag zur Messung von Energiearmut vorlegen.

Gründe für Energiearmut

In Deutschland wird fast ausschließlich über die gestiegenen Strompreise als Ursache für Energiearmut diskutiert. „Strom muss bezahlbar bleiben“, lautet eine Parole der Energiewendeskeptiker(innen). Plötzlich üben sich Freunde der Kohle und Atomkraft als Fürsprecher(innen) der Armen. Dass die Heizkosten ebenso zugelegt haben, wird hingegen gern ignoriert. Dabei sind die Ausgaben für Wärme häufig eine viel größere Belastung als die Stromkosten. Und es gibt weitere Ursachen für Energiearmut: die schlechte finanzielle Situation der betroffenen Haushalte, der Energiestandard von Wohngebäuden und Haushaltsgeräten sowie ineffiziente Verhaltensweisen. (2) Zu jeder Ursache ließe sich vieles sagen. Exemplarisch sei hier ein Teilaspekt der finanziellen Situation erwähnt, die Höhe der Sozialtransfers. Wer auf Hilfe vom Staat angewiesen ist, etwa über das Arbeitslosengeld II, erhält seit 2014 knapp 33 Euro monatlich für Strom und Schönheitsreparaturen in der Wohnung. Wenn man davon ausgeht, dass die Sozialträger bedürftigen Singlehaushalten einen Strombedarf von 1.500 Kilowattstunden zugestehen – ein Wert, der weit unter dem durchschnittlichen Bedarf liegt – wird der/die Bedürftige in der Regel über 39 Euro aufbringen müssen, um die monatlichen Forderungen zu bedienen. (3) So entsteht systembe-

„ **Das beste Mittel gegen Energiearmut ist die entschlossene Fortführung der Energiewende.** “

dingt ein Zahlungsdefizit bei Transferleistungsempfänger(inne)n, wenn sie nicht anderweitig die Ausgaben etwa für Lebensmittel oder Kleider reduzieren oder ihre Elektrogeräte deutlich sparsamer einsetzen.

Es ist übrigens ein weit verbreitetes Vorurteil, dass arme Menschen verschwenderisch mit Energie umgehen. Die Auswertung von Beratungsprojekten zeigt vielmehr, dass Arme eher weniger Strom benötigen als der Durchschnitt. Je wohlhabender Bürger(innen) hingegen sind, desto mehr Energie verbrauchen sie.

Ohne Erneuerbare steigen die Strompreise weiter

Das beste Mittel gegen Energiearmut ist die entschlossene Fortführung der Energiewende. Sie lindert die Abhängigkeit von teuren Ressourcenimporten und sorgt schon mittelfristig für stabile Preise. Gegenwärtig erscheint umweltfreundliche Elektrizität besonders kostspielig, weil unter anderem neue Windparks mit abgeschriebenen Kohlekraftwerken konkurrieren. Das tritt zutage, wenn die Erzeugungspreise für neue Kraftwerke kalkuliert werden. In Großbritannien hat sich beispielsweise gezeigt, dass sich ein neues Atomkraftwerk nicht wirtschaftlich betreiben lässt. Weil es aber dennoch politisch gewollt ist, garantierte man den Investoren, den Atomstrom für elf Cent abzunehmen und zwar inflationsbedingt angepasst für 35 Jahre. In Deutschland erhalten große Solarstromanlagen eine sichere Vergütung von 9,88 Cent für 20 Jahre. Für Windstrom gibt es noch sechs bis neun Cent. Als in Brasilien Lizenzen für die Stromerzeugung versteigert wurden, obsiegt die Windparks. Lediglich vier Cent verlangten die Investoren je Kilowattstunde. Kein neues fossiles Kraftwerk konnte da mithalten. (4) Die erneuerbaren Energien liegen nicht trotz, sondern wegen der Kosten im Trend.

Würde die Förderung der erneuerbaren Energien augenblicklich ausgesetzt, stiegen die Strompreise erst recht weiter. Der Grund: Weil der Kraftwerkspark in Deutschland überaltert ist, müssten ohne die Realisierung der Energiewende fast alle Anlagen

ersetzt werden und um den Ausbau sowie die Modernisierung des Stromnetzes käme man auch nicht herum. Unterdessen kann eine effizientere Energienutzung die Kosten dafür wesentlich senken.

Schritte im Kampf gegen die Energiearmut

Recht aufwendig, aber besonders effektiv ist die Beratung bedürftiger Menschen unmittelbar in ihren vier Wänden. Sparlampen werden direkt montiert und effiziente Verhaltensweisen vermittelt. Bloße Hinweise genügen indes auch vor Ort nicht. Vielmehr ist es wichtig, anschaulich und mit didaktischem Geschick zu erläutern, warum beispielsweise Kipplüften die Schimmelgefahr erhöht und mehr Energie kostet als Stoßlüften. Das Potenzial effizienter Verhaltensweisen wird häufig unterschätzt. Das mag auch daran liegen, dass die öffentliche Diskussion nur um die Stromkosten kreist.

Ein wichtiger Ansatzpunkt, um die technischen Sparpotenziale zu erschließen, ist der Kühlschranktausch. Damit lässt sich die Stromrechnung leicht um 100 Euro im Jahr verringern. Doch neue effiziente Geräte sind teuer und reines Wunschdenken, wenn das Geld knapp ist. Deshalb braucht es ein bundesweites Förderprogramm, das in den Kommunen umgesetzt wird.

Eine weitere Stellschraube ist die sozialverträgliche Gebäudesanierung. Arme Menschen leben vorwiegend in schlecht isolierten Gebäuden. Das liegt auch daran, dass die Sozialträger nur geringe Mieten übernehmen. In Bielefeld stellt man sich dem Problem mit dem sogenannten Klimabonus. Die Stadt erlaubt höhere Mieten, wenn das Gebäude vergleichsweise wenig Heizkosten verursacht. Das ist für die Staatskasse aufkommensneutral und erhöht den Sanierungsanreiz für Vermieter. Zudem gilt es zu vermeiden, dass einkommensarme Menschen aus ihrem Heim „heraus-saniert“ werden.

Die Einführung von Sozialtarifen ist dagegen weniger empfehlenswert. Diese können die sozialen Folgen steigender Energiekosten nicht mildern, ohne zugleich unerwünschte Nebenwirkungen auszulösen. Ein hoher administrativer Aufwand, mangelnde Zielgenauigkeit, rechtliche Hürden, wettbewerbliche Verzerrungen und klimapolitische Überlegungen sprechen gegen eine bundesweit verpflichtende Einführung solcher Tarife.

Die schlimmsten Folgen der Energiearmut, die Unterbrechung der Versorgung, können Prepaid-Zähler verhindern. Sie werden in anderen Ländern millionenfach eingesetzt und vermeiden zunehmende Stromschulden. Die Betroffenen gehen bewusster und sparsamer mit Elektrizität um. Die Guthabenaufladung wäre in Zukunft wie beim Prepaid-Handy möglich. Stromsperrungen sind daher zu untersagen. Stattdessen können die Versorger ihre Außenstände mit Prepaid-Zählern abbauen. Die Finanzierung kann beispielsweise über das Netzentgelt erfolgen. Ohnehin entstünden kaum Kosten, wenn die Prepaid-Funktion bei den sogenannten Intelligenten Stromzählern Standard würde.

Im Sommer 2007 veröffentlichte die EU-Kommission den Entwurf einer Charta zu den Rechten von Energieverbraucher(inne)n. Seit 2009 wird Energiearmut in einer EU-Richtlinie als wachsendes Problem anerkannt. Beispielsweise sollen die Mitgliedstaaten einen nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung von Energiearmut entwickeln. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss hat die EU aufgefordert, ihre Anstrengungen zur Bekämpfung der Energiearmut zu verstärken. Er empfiehlt, eine gemeinsame Definition des Begriffs „Energiearmut“ auszuarbeiten, die dann von den Mitgliedstaaten übernommen wird. Zudem empfiehlt der Ausschuss, eine „europäische Beobachtungsstelle für Energiearmut“ einzurichten, um etwa den Erfolg von Maßnahmen gegen Energiearmut auszuwerten und die Folgen der Energiemarkt-Liberalisierung auf benachteiligte Verbraucher(innen) zu erfassen.

Es gibt nur Gewinner

Zweifellos stehen wir vor einem tief greifenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturwandel – wenn beabsichtigt ist, die Ressourcennutzung auf ein verantwortliches Maß zu verringern. Und wie immer gibt es Gewinner und Verlierer. Insgesamt sichert die faire Energiewende die Wohlfahrt und trägt dazu bei, dass sich der Abstand zwischen den oberen und den unteren Einkommen und Vermögen nicht weiter vergrößert. Das passt in eine Zeit, in der viel über Verteilungsgerechtigkeit diskutiert wird, über Reichen-, Transaktions- und Vermögenssteuern.

Alle Beteiligten und Betroffenen können einen Nutzen erzielen: Arme Menschen profitieren direkt von Energieberatungen, Zuschüssen für Haushaltsgeräte, Wärmedämmung und anderen Maßnahmen. Die Energieversorger wiederum haben weniger

Außenstände und Zahlungsausfälle. Die Investitionen in den Kraftwerkspark verringern sich, wenn es gelingt, den Strombedarf zu reduzieren. Die zukünftigen Generationen profitieren von stabilen Stromrechnungen und von einer ressourcenleichten Wirtschaftsform. Und es steht außer Frage, dass die Menschen in einigen Weltregionen künftig nur existieren können, wenn die globale Erwärmung auf ein verträgliches Maß begrenzt wird. Die gegenwärtige Generation profitiert, wenn durch sozialverträgliche Gebäudesanierung und Energieberatung Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden. Für Steuerzahler(innen) ist es von Vorteil, wenn die Transferleistungen für Heizkosten sinken.

Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, um die Folgen hoher Energiepreise für arme Menschen abzufedern. Statt sich in Stimmungsmache und Polemik über „bezahlbare Strompreise“ zu ergehen, empfiehlt es sich, konkrete Lösungskonzepte auf den Weg zu bringen. ———

Anmerkungen

- (1) Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung von über 12.000 Privathaushalten in Deutschland.
- (2) Kopatz, Michael et al. (2013): *Energiewende. Aber fair! Wie sich die Energiezukunft sozial tragfähig gestalten lässt.* München.
- (3) Öchsner, Thomas: *Teurer Strom belastet Arme.* In: *Süddeutsche Zeitung* vom 31.12.2013; nach Berechnung von Verivox.
- (4) Baumüller, Michael: *Mutlos in Deutschland.* In: *Süddeutsche Zeitung* vom 29.11.2013.



Welche ökologische Ungerechtigkeit bringt Sie auf die Palme?

Dass an besonders lauten Straßen häufig die ärmsten Bürger leben und leiden, die am wenigsten für den Verkehr können, weil sie sich selbst gar kein Auto leisten können.

Zum Autor

Michael Kopatz, geb. 1971, ist Sozialwissen-

schaftler und wiss. Projektleiter am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie.

Kontakt

Dr. Michael Kopatz
Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie
Forschungsgruppe Energie-, Verkehrs- und Klimapolitik
Döppersberg 19
D-42103 Wuppertal
E-Mail michael.kopatz@wupperinst.org